

7. Juni 1921.

Zeige.  
den Verwandten,  
Bekanntes geben  
gliche Mitteilung,  
geliebte Tochter  
lize  
der Deckenfabrik  
wemer Krankheit  
hven im Kranken-

er, Bädermeister  
milde.  
orm, 9 Uhr.

h für alle  
esonders  
ewannen,  
einböden.  
Düsseldorf.



h für alle  
esonders  
ewannen,  
einböden.  
Düsseldorf.

Nagold. 2502  
Zentrifugen u.  
Mutterläsässer  
kaufen Sie  
ecken und billigen  
großen Lager vorräthig  
Reparaturen  
(Schnellere erledigt)  
2502  
Vornruf  
Nr. 111.

Ratzeiben.  
ge einen schönen, möch-  
2-fährigen, gut erzogen-



Bugstier  
Beckauf aus 2614  
Kauf- Kohler,  
Scharfener.

agold.

7. Juni an jedem Best  
14. Befehlungen nehmen  
amtliche Vollmachten  
auf Bestehen entgegen.  
Vom vereinfachten  
mit 8. April 1918 Nr. 12  
ausdrucks 12.45  
nach der Befehlungen  
Wenst. nach Verhältn.  
Angenommen-Gebühren für die  
42-pagige Stelle aus ge-  
über Schrift aber  
bester Raum des entmal-  
ten Grundstück 80 W.  
bei mehrmaliger Kabat  
nach Zahl. Bei gerichtl.  
Feststellung u. Rankarten  
in der Kabat hinbills

# Der Bejellschaster

## Amis- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Nr. 131

Donnerstag den 9. Juni 1921

95. Jahrgang

Verlag und Verlag von G. M. Jäger (Hart. Jäger) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung G. M. Jäger.

Bestenfalls Zeilung im  
Oberamtsbezirk. — Ka-  
zette hat dabei sehr  
bistem Erfolg.  
Für jede Zeilung wird ein  
jährlich 10 Mark im Voraus  
zu zahlen sein. Wenn man  
den Kassa in bestimmten  
Ausgaben über zu den ge-  
wünschten Stückzahl erlassen.  
In Fällen von längerer Ab-  
wesenheit des Abonnenten  
überträgt die Zeitung aber auf  
Nachzahlung. Abzugsfertig.

### Die Beschränkung der amerik. Einwanderung.

**W.W.** Wie bekannt, hat der amerikanische Präsident am 19. Mai das Gesetz über die Beschränkung der Einwanderung unterzeichnet und ihm damit Wirksamkeit verliehen. Danach wird die jährliche Einwanderung von Untertanen eines auswärtigen Staats auf 3% der nach der Volkszählung von 1910 bereits in den Vereinigten Staaten ansässigen Angehörigen eines solchen Staats beschränkt. Die Zahl der zugelassenen beträgt sich auf etwa 355 000. Den Hauptteil stellen Nordwest Europa, nämlich 202 000, während der Rest sich auf Süd- und Ost-Europa verteilt. Unter dem hochqualifizierten westeuropäischen Einwandererkontingent hat England mit 77 206 Einwanderern gleich 21,7% der Gesamtzahl die Führung; dann folgt Deutschland mit 75 040 = 21,1%, an dritter Stelle stehen Standowitzer mit 37 511 = 10,5%. In der zweiten Einwanderergruppe hat Russland (altes Gebiet) mit 51 974 = 14,6% die Führung, daran schließt sich Oesterreich-Ungarn mit 50 117 = 14,1 an und Italien folgt mit 40 294 = 11,3% als drittes Land. Insgesamt betrug der jährliche Zuwachs an Einwanderern, abzüglich Auswanderung aus den Staaten in den Jahresjahren 1908: 209 867; 1913: 815 303; 1915: 500 701; 1919: 20 790 und im vergangenen Kalenderjahr wieder rund 391 000 Personen. Der Einwandererstrom ist also von 1908 bis 1919 stark angewachsen, hat dann infolge des europäischen Krieges gewaltig abgenommen, um mit Kriegsende erneut wieder sehr erheblich anzukönnen. Dabei hat es sich bei dieser Nachkriegseinwanderung gerade um Angehörige solcher Staaten gehandelt, die in Kultur tief stehen und deren politische Gesinnung der Union höchst unwillkommen sein mußte. Während nämlich das nordamerikanische Kontinent ein dauernd zunehmender Strom solcher Personen nach Europa geht, die dort im Westen den niederen Stand der verschiedenen Völkern anerkennen wollen, um gut und billig zu leben, drängen sich vor allem aus den kulturell minderwertigen ost-europäischen Staaten wachsende Massen zur Einwanderung nach Amerika. Da man nun außerdem nach Festlegung des Lebensstandes auch mit einer starken deutschen Auswanderung rechnen — die Zahl der Auswanderungskünftigen wird auf 2 Millionen angegeben — so läßt man sich drüber freuen beunruhigt über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer solchen Einwanderung. Diese Befürchtung fand ihren Niederschlag in der schon unter der Präsidentschaft Wilson eingeleiteten sog. Dillingham-Kommission, die nach dem Willen abgelehnt war, nunmehr Gesetz geworden ist. Hat man also auch die Einwanderung nicht völlig gesperrt, wie es von gewisser Seite vorgeschlagen war, so ist doch das jugellose Kontingent im Verhältnis zu der Vorkriegseinwanderung sowohl wie zu der beabsichtigten sehr niedrig gehalten. Das Nationalitätenprinzip begünstigt dann außerdem noch die Zusammenfassung solcher Elemente, die nach Kultur u. wirtschaftlicher Lage den Staaten erwünscht sind.

### Der Redarkanal und die jiddensche Bauindustrie.

Die Erbauung des Redarkanals, eines Bauwerks im Wert von etwa 1 Milliarde Mark, der später durch Erstellung von Siedlungen, Meliorationen, Zufahrtswege, Dämmen usw. auf etwa 2-3 Milliarden anwachsen dürfte und im Programm 8000-10000 Leute beschäftigen wird, läßt für die jiddensche Bauindustrie eine solche und nachhaltige Beschäftigung erwarten. Wenn auch die Anzahl der direkt mit dem Kanalbau zusammenhängenden Bauten nicht sehr groß ist, so sind es doch die späterhin durch den Kanal direkt und indirekt hervorgerufenen Siedlungen und Fabrikanlagen, die eine rege Bautätigkeit herbeiführen werden.

Es ist bekannt, welche enormen gesundheitlichen und sozialen Vorteile durch eine umfassende Tätigkeit auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge erzielt werden können. Die großen Wohlstände, die sich vor und ganz besonders seit dem Krieges auf allen Gebieten der Wohnungswirtschaft gezeigt haben, lassen die dringende Notwendigkeit erkennen, sobald als möglich mit der Erstellung von Siedlungen im Bereich des Kanalbaus zu beginnen. Sind dann durch die Kanalbauten in größerem Maßstab, als wir es bisher hier gewohnt waren, Arbeitswerte von bleibender Dauer geschaffen, so wird mit dem Einsetzen des enormen Verkehrsstromes von Ost und West und später nach Erstellung der Bodenbesseuerungs-Verbindung von Nord und Süd auch eine blühende Industrie sich im Gebiet des Redarkanals, das man sich zu diesem Zweck nicht zu eng begrenzt denken darf, ansiedeln. Dies bringt aber wieder eine enorme Bautätigkeit mit sich, die auf alle anderen Gebiete menschlicher Tätigkeit befruchtend und belebend einwirken wird.

Für die Erstellung der verschiedenen Bauten für Wohn- und Industriezwecke erwachsen den jiddenschen Architekten lohnende und interessante Aufgaben. Das württembergische

Land ist ja so reich an vorbildlichen Lösungen von Siedlungsfragen, wenn auch bisher nur kleinere Anlagen erstellt worden sind, so daß sich in allen Fällen eine glückliche und erfolgreiche Anlehnung an bewährte Ausführungen ermöglichen läßt. Die Schwierigkeiten der Baumaterialienbeschaffung, die verständlicherweise hohen Kosten, die Notwendigkeit, mit beschränktem Mitteln zu arbeiten, stellen gleichwohl den Bauarchitekten vor eine Fülle neuer und schwieriger Aufgaben. Bei der weit über die Grenzen Württembergs hinaus bekannten vorzüglichen Schularbeit der einheimischen Architektenkreise, die in den berühmten Pflanzgartenanlagen eines namhaften Maler-architekten wurzelt, ist jede Gewähr gegeben, daß auch bei beschränktem Mitteln das Wiederanknüpfen an die Werte der heimischen Vergangenheit möglich wird und trotzdem Bauten erstellt werden, die frei von jedem Schematismus sind und eine eigene, neue und moderne Note besitzen. Für den Bauarchitekten bietet sich die Möglichkeit, die vielen Vorzüge in der Verwendung neuer Baumaterialien und neuer Baumaterialien in die praktische Wirklichkeit umzusetzen, auch all die neuen Gesichtspunkte in der Ausgestaltung der Innerräume, der Raumgliederung und der Nebenanlagen verwirklichen zu sehen. Eine großzügige und vornehmliche Bekämpfung wird nicht alle Bauten nach einem bestimmten Schema erstellen, sondern für die individuelle Beidigung und für lokale Bedingungen Raum kören lassen.

Bei der enormen Wichtigkeit, die der Redarkanal für die jiddenschen Baufrage erlangt, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß diese durch nachhaltige und rege finanzielle Unterstützung die baldige Verwirklichung ermöglichen werden. Bei der Seigerung der Kulturwerte im Gebiet des Kanals durch Industrie und Wohnsiedlungen, bei der nachhaltigen Belebung aller mit der Boden-, Wohn- und Siedlungspolitik zusammenhängenden Verhältnisse, ist jedes im Kanal untergebrachte Kapital einer frühen und anwachsenden Rente gewiß.

### Aus dem Finanzanschuß. (Schluß der Diensttagung)

Ein Mehrheitssogialist glaubt, daß noch ein Gesetz notwendig werde, das eine Entlastung der Wohnungsbauwirtschaft und eine Verminderung der Arbeitslos herbeiführen müsse. Gegen eine völlige Aufhebung der Zwangsrentenpflicht bei Neubauten trage er Bedenken, da die Besitzenden sich Baumaterial zu hohen Preisen sichern würden und den Siedlungsbauteilen vermehrte der höheren Preise daran mangeln würde. Gegenüber dem Vorschlag des Redners, Ermäßigung von verschiedenen Steuern bei Baukäufen einzutreten zu lassen, wies der Minister darauf hin, daß der Staat auf der einen Seite auf Staatsentnahmen verzichteten solle, während auf der anderen Seite wesentliche Leistungen des Staates und Reiches erstehen würden. Von einem Vergleich auf bisherige Steuereinnahmen könne nur dann die Rede sein, wenn Sicherheiten geschaffen würden, daß die Entlastung der Bauunternehmer auch in den Preisen zum Ausdruck komme. In den breiten Schichten der Bevölkerung sei keine große Lust zur Zeichnung von Obligationen, die zum Wohnungsbau ausgegeben würden. Der Kredit dürfe nicht in allzu großem Maße in Anspruch genommen werden, so daß der Staat gerettet sei, in einer Anleihe wiederum an das Band heranzutreten. Nach weiteren Ausführungen eines demokratischen Redners wurde abgedroschen.

Stuttgart, 8. Juni.

Der Finanzanschuß hatte heute seine 100. Sitzung. Aus diesem Anlaß war der Platz des Vorsitzenden mit einem Blumenstrauß geschmückt. In der Fortsetzung der Beratungen über den Wohnungsbau teilte ein Vertreter des Finanzministeriums mit, daß der Finanzminister bereit sei, zum Wohnungsbau Mittel zur Verfügung zu stellen, soweit es überhaupt möglich sei. Er wies jedoch darauf hin, daß zu diesem Zweck für das Jahr 1921 bereits 42 Millionen bereit gestellt seien. Ein Mitglied der Bürgerpartei war der Ansicht, daß die Zwangsrentenpflicht auf dem Gebiet des Gebäu- und Wohnungsbaus das wirtschaftliche Gleichgewicht so lange störe, bis die Zwangswirtschaft endgültig verschwunden sei. Die Möglichkeit zum Abbau ergebe jedoch nur ein langsames Tempo u. stehe in einem Widerspruch zu dem Wohnungsbedarf. Deshalb seien vorübergehend Ausnahmemassnahmen notwendig, zu denen letzter Partei die notwendigen Gelder bewilligen wollte. Zuschüsse sollten aber nicht in Form einer Belastung von Haus- und Grundbesitz, sondern von allgemeinen Steuern aufgebracht werden. Eine Hauptforderung sei die Angleichung der Mieten zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtszustandes an die neuen Baukosten. Seine Partei sei bereit, zur Erreichung dieses Zweckes Lohn- und Gehaltssteigerungen mitzumachen, soweit sie durch die Mieten bedingt seien. — In einer Zwischenbemerkung teilte der Vorsitzende mit, er habe sich der Nachricht enthalten, daß heute früh der Direktor beim Landtag, Oberregierungsrat Reif, an einem Sturzschlag verschieden sei. Die ehrenden Worte des Vorsitzenden wurden vom Anschluß lebhaft angehört. — Ein Vertreter des Ministeriums des Innern wies darauf hin, daß die Wohnungskatastrophe, wie sie von Württemberg gedacht sei, nicht eine Vorbelastung des Grundbesitzes bedeute, sondern als Haushaltungsteuer anzulegen sei, wobei eine ungerade Mehrbelastung ärmerer Familien vermieden werde. Auch die landwirtschaftlichen Häuser seien im allgemeinen nicht zu hoch

einschichtig. Ein Vertreter der Sozialdemokratie führte Klage darüber, daß in manchen Gemeinden nicht immer an Zuschüssen das geteilt werde, was man beim Vorhandensein von Baukäufen von ihnen erwarten könne. Auch der Staat habe bezüglich der Bauzüge nicht immer das nötige Entgegenkommen gezeigt. Ein Mitglied der DVP. wolle, daß man den Gemeinden zurede. Ein Mitglied des Bauernbundes meinte, man werde an einer Steigerung der Mieten nicht vorbeikommen. Auch den Genossenschaften müsse man entgegenkommen, soweit sie wirtschaftlich arbeiten. Der Minister des Innern glaubt, daß Gemeinden, die es ablehnen, sich an Bauarbeiten zu beteiligen, nicht mit Zurede, sondern nur auf dem Wege der Landesgesetzgebung zum Entgegenkommen bewegen werden könnten. Uebbrigens verpflichten die Miete-einigungsämter im Reich einen jährlichen Aufwand von 2 Milliarden, wovon man viele Wohnungen bauen könnte. (Allgemeine Zustimmung.) Ueberhaupt seien die Miete-einigungsämter insofern eine unglückliche Erscheinung, als ihre Entscheidungen nicht von einer weiteren Instanz abgeändert oder aufgehoben werden können. Ein Mitglied des Finanzministeriums teilte mit, daß bezüglich der Bauzüge an den Staat vielfach Forderungen gestellt würden, denen man nicht Rechnung tragen könne. Ein Mitglied des Innern glaubte, so wie die Verhältnisse heute noch seien, komme man nicht auf einem Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungs-bau. Auf eine Anregung eines sozialdem. Abgeordneten, die Regierung möge ihren Einfluß auf die Mieten und die Preise der Baustoffe sichern, erfolgte auf ministerieller Seite die Antwort, daß das Ministerium des Innern Maßnahmen treffen, um Baukäufenden billige Baustoffe zu vermitteln. Nach Mitteilung des Ministers des Innern ist es selbstverständlich, daß diese Vermittlungstätigkeit, wenn irgend möglich, im Verein mit den Vereinskörpern der Bauindustrie erfolgt. Morgen vormittag 10 Uhr Fortsetzung.

### Kleine politische Nachrichten.

#### Ein Manneswort aus Ungarn.

Budapest, 7. Juni. In der Nationalversammlung erklärte der Abgeordnete Bagaj, die größte Sünde der Oktoberrevolution sei die Schändung der ungarischen Nationalflagge, welche die Revolutionäre durch die unbillige Behandlung, Entwaffnung und Auslieferung Madarzens begangen hätten, der Ungarn vor der feindlichen Japanen gerettet habe.

#### Die Donauschiffahrt.

Paris, 8. Juni. Die internationale Donaufahrt findet am 6. Juni nachmittags zusammen. Sie nahm in zweiter Sitzung die Bestimmungen über die Arbeiten der Internationalen Kommission, über ihre Privilegien und über das Zusammenarbeiten der beiden Kommissionen an, die damit beauftragt sind, das Statut der Donau zur Anwendung zu bringen. Die nächste Sitzung wurde auf den 8. Juni festgesetzt.

#### Die kleine Entente.

Wien, 8. Juni. Wie aus Belgien gemeldet wird, werden die gegenwärtig dort stattfindenden Besprechungen zwischen Tote Jones und Botschafter voraussichtlich zur Unterzeichnung einer rumänisch-jiddenschen Mittelskonvention führen. Da eine solche Konvention bereits zwischen Südbanien und der Tschechoslowakei, sowie zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien besteht, ist damit der Kreis der kleinen Entente geschlossen.

#### Wann kommt der Friede mit Amerika?

London, 8. Juni. Die Times melden aus Washington, daß am Donnerstag und Freitag im amerikanischen Repräsentantenhaus die Debatte über die Entschleunigung, durch die der Friedenszustand mit Deutschland erklärt wird, stattfinden werde.

Reuter meldet aus Washington, daß die Entschleunigung Fortier nur die Beendigung des Kriegszustandes vorläßt.

#### Hardings Schiedsgerichtspost.

Wien, 8. Juni. Havas meldet aus Paris: Der amerikanische Botschafter überreichte am Montag der Regierung eine Einladung zu unverbindlichen Besprechungen, die der Einlösung eines Welt-Schiedsgerichtshofes, unabhängig vom Völkervertrag, dienen sollen. Die Botschafter in London und Rom sollen gleiche Einladungen den dortigen Regierungen übergeben haben.

#### Japan wünscht einen neuen Vuffertaat.

Paris, 8. Juni. Nach der S.-P. meldet die in Chosin erscheinende russische Zeitung Goria, daß Japan die Absicht habe, anschließend an die Erfolge des Generalis Semenov im fernem Osten einen neuen Vuffertaat zu gründen, in dessen Grenzen Korea, die Mandchurei und der russische „ferne Osten“ eingeschlossen sein sollen. Der neue Staat soll unter dem Protektorat Japans stehen.

#### Ratifikation des Friedens von Trianon

Paris, 8. Juni. Die Kammer beschloß in der gestrigen Nachmittags-Sitzung den Gesetzentwurf über die Annahme des Vertrages von Trianon.

**Neue Arbeitsniederlegung in England.**  
London, 8. Juni. Nach einer Londoner Meldung der „Deutsch. Tagesztg.“ ist damit zu rechnen, daß eine allgemeine Arbeitsniederlegung in der Maschinenindustrie erfolgt. Dadurch würde die Zahl der Arbeitslosen um 1/2 Millionen vermehrt werden.

**Der Arbeitsplan des Reichstags.**  
Berlin, 8. Juni. Nach einer Vereinbarung der Regierung, mit den Reichstagspräsidenten soll verhandelt werden, möglichst alle vorliegenden Gesetze, die bereits im Ausschuss behandelt sind, bis Anfang Juli zu verabschieden, um im Spätsommer für die Beratung der neuen Gesetzgebung zu schaffen. Zuerst sollen dem Reichstag nur die Räderwerke, die Dienstleistungsordnungen und die Anstaltsverordnungen zugehen, mit der Erwartung, daß sie bis zum Juli verabschiedet werden können. Die große Finanzreform kommt erst im Herbst vor das Plenum. Es sollen möglichst noch erledigt werden die Entschädigungsgesetze, das Volkseinkommensteuergesetz, das Fernsprechtariffgesetz, das Jugendwohlfahrtsgesetz und kleinere Vorlagen.

**Zusammenbruch der Sollinger Industrie durch die Sanktionen.**  
Röln, 8. Juni. Der „Rheinische Volkszeitung“ wird aus Sollingen geschrieben, daß die wirtschaftliche Lage im Sollinger Industriebezirk sich unter dem Druck der Sanktionen und der Ein- und Ausfuhrverbote sich von Tag zu Tag verschlechtert, nachdem nun auch nach Amerika, das vor dem Kriege einer der Hauptabnehmer von Sollinger Erzeugnissen gewesen sei, sich zurückgezogen habe, da dort in den letzten sechs Jahren eine scharfe Konkurrenz gegen die Sollinger Industrie sich entwickelt habe. Soll beschließt, heute fast keine einzige der Sollinger Fabriken. Die meisten arbeiteten nur noch drei Tage und auch die nur, um nicht noch mehr Arbeiter entlassen zu müssen.

**Der 5. Kriegsverbrecher-Prozess.**  
Leipzig, 8. Juni. Heute beginnt vor dem Reichsgericht der 5. Kriegsverbrecherprozess. Angeklagt ist der Stubent der Rechtswissenschaften Max Rombohr aus Leipzig wegen Verpressung. Die Verhandlung wird mehrere Tage dauern.

**Die skizzierten Vorkämpfer bei der Reichsregierung.**  
Berlin, 8. Juni. Der englische und französische Vorkämpfer in Berlin sind aus Anlaß des Vordrängens des deutschen Selbstschutzes bei der Reichsregierung vorläufig geworden. Da es bekannt ist, daß die Reichsregierung auf den Selbstschutz in Oberschlesien, der lediglich der Befehlswalt der internationalen Kommission unterstellt ist, keinen Einfluß nehmen kann, so dürfte die Reichsregierung die beiden Vorkämpfer in diesem Sinne beschließen haben.

**Neue Finanzministerkonferenz.**  
Berlin, 8. Juni. In Berlin findet demnächst wieder eine Finanzministerkonferenz statt, auf der die Frage erörtert werden soll, wie weit das Reich beabsichtigt, seine Steuern über die Steuererlöse von Land und Gemeinde auszubehalten.

**Die Kommunisten suchen Streikverlängerung.**  
Waldenburg, 8. Juni. Als am Montag den getroffenen Vereinbarungen gemäß die Grubenarbeiter mit der Arbeit begannen, versuchten Mitglieder der kommunistischen Partei sie an der Wiederaufnahme der Arbeit zu hindern. Der Versuch mißlang.

## Oberschlesien.

### Rückzug?

Berlin, 8. Juni. Wie der „Vorwärts“ meldet, beginnt sich die Bildung einer neutralen Zone in Oberschlesien zwischen den polnischen und den deutschen Streitkräften zu vollziehen. Im Norden haben englische Truppen Rosenberg besetzt. Im Süden ist ein italienischer Italiener in Kramnik eingedrungen. In der Mitte der Front schieben sich englische und französische Truppen zwischen deutschen Selbstschutz und polnische Insurgenten.

Die Generale Berond und Marini, sowie Sir Gerald

Stuart sollen die Einsetzung eines dreigliedrigen Ausschusses zur Prüfung der Frage einer neutralen Zone beschlossen haben.

Berlin, 8. Juni. Mit Ausnahme einiger britischer Kampfhandlungen herrscht heute im allgemeinen an der von den polnischen Banden besetzten Linie Ruhe. Starke Feueraktivität bei Wislitz. Angriffe der Insurgenten gegen den Güterbahnhof Sandrin scheiterten. Die Stadt Ratibor wurde heute morgen von polnischer Artillerie beschossen. Von den Bürgern der Stadt wurde einer getötet, mehrere wurden verwundet.

Durch Rohstoffmangel sind bereits 14 obereschlesische Stillwerke zur Stilllegung des Betriebs gezwungen worden.

### Polens Rückzugskosten.

Berlin, 8. Juni. Nach einer Meldung der „Voss. Stg.“ aus Warschau sieht der polnische Staatsvoranschlag fast drei Viertel aller Ausgaben für die Heeresbedürfnisse vor. Die Gesamtschuld Polens an das Ausland zur Ernährung und Ausstattung der Armee beläuft sich nach dem heutigen Kurs der polnischen Mark auf rund 250 Milliarden Polenmark.

Ein englisches Memorandum an die deutsche Regierung.

London, 8. Juni. Die englische Regierung hat die deutsche Regierung wissen lassen, daß die Verbündeten Truppen in Oberschlesien bald verstärkt würden, daß aber eine deutsche Hilfe nicht angebracht sei.

### Polnische Truppen-Einberufungen.

Warschau, 8. Juni. Der Kriegsminister hat die Jahrgänge 1899 bis 1910 einberufen.

### Polen hält Referenzen im Dienst.

Berlin, 8. Juni. Der Warschauer Kurier veröffentlicht die Nachricht, wie die S. J. mittels, daß die polnische Regierung sich entschlossen habe, 4 Jahrgänge der Referenzen weiter unter den Fahnen zu behalten und zwar im Hinblick auf die deutsche und die russische Gefahr, die beide als sehr groß angesehen werden.

### Rücktritt eines Insurgentenführers.

Berlin, 8. Juni. Der polnische Befehlshaber der Insurgenten in Oberschlesien, Graf Wielkiński, über, wie er genannt wird, Polka, hat nach der S. J. sein Amt niedergelegt. Bestimmend war für ihn die Einsicht, daß er die polnischen Banden aus der Macht verloren habe und er wolle nicht als verantwortlicher Führer für Mörder und Bländerer gelten. Auch der englische Vormarsch dürfte den Entschluß des Führers gefördert haben, wie er überhaupt Verzweiflung in die Reihen der polnischen Insurgenten getragen zum Erschließen des polnischen Widerstandes in der Gegend von Sandrin und Kofel geführt hat.

## Aus Stadt und Bezirk.

Regold, 9. Juni 1921.

**Dienstaussicht.** Durch Entschleunigung des Herrn Staatspräsidenten wurde der Obersekretär Falk bei dem Jugendamt in Calw zum Obersekretär bei dem Amtsgericht Neuenbürg ernannt.

**Gemeinderat.** Der Vorsitzende, Stadtschultheiß Mater, erstattet Bericht von dem am 1. Juni erfolgten Ableben des O. A. Mitglieds Behre. Zum Nachfolger werden Bedenkens erhebt sich der Gemeindevater von den Seiten. Als Nachfolger kommt zunächst Hofmeister Bier in Betracht, der aber bittet, infolge seines Ausritts aus der Deutsch-demokr. Partei und aus dienstlichen Gründen aufschreiben zu dürfen. Die Nachfolge geht deshalb an Landwirt Ludwig Baisch über. — Der O. A. beschließt, den Beginn der Sitzung während der Sommermonate probeweise auf 6 Uhr abends zu verlegen. — Von einem hies. Wärter legt ein Gesuch vor, wenigstens an bestimmten Tagen bezw. Tageszeiten, Wasser mit dem Schlauch entnehmen zu dürfen. Das Gesuch muß aus den bekannten Gründen abgelehnt werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Verbot der Wasserentnahme mittels Schlauch nach wie vor besteht und Zuwiderhandlung

Argentiniere: Der Vorstand der deutsch-evangelischen La Plata-Synode weist in einem ersten Rundschreiben auf die dringende Notwendigkeit hin, nicht aber als jährlichen Bedarf so große Summen, daß deren Ausbringung noch nicht gesichert ist. In nachdrücklichen Worten ist der große Wert eines eigenen Rückendienstes für Seele und Leben, Verden und Sterben betont.

**Südwestafrika:** Die Gemeinde in Grootfontein hat kürzlich — allerdings unter einer großen Bauschuld — einen Verkauf mit Pfarrwohnung fertiggestellt. Vom Vorkauf-Kaufverein erbat sie sich zur Einweihungsfeier die Sittung einer Klirnbibel. Die Wohnung derselben wurde am 18. April, dem Wormser Gedächtnistage, vollzogen.

**Australien:** Hier stehen die deutsch-evangelischen Gemeinden immer noch unter schwerem Druck. Die kirchlichen Blätter, deutsche Bücher, auch Bibeln sind verboten. Ein Hilfswerk großer Art hat der O. A. Verein auch im Blick auf das namenlose Glied der holländischen Pflichten schon im Jahr 1919 geleistet. Eine Equivalenzleistung hat es ins Leben gerufen und bereits 435.800 A. namentlich für die unglücklichen Kinder aufgebracht.

Trotzdem Deutschland noch nie in engeren Mauern gefangen gehalten und von der übrigen Welt abgeschlossen wird, ist doch — das kann schon die hier gegebene kleine Uebersicht zeigen — überall Gelegenheiten, Glaubensfragen zu tun, Hilfe zu bringen, Aufbau zu leisten. Nur wenige Beispiele waren es, ein Uebersicht über einen Teil der Arbeitsgebiete, und doch zeigt es sich schon daraus, wie groß die Aufgaben, wie segnet aber auch die Leistungen des O. A. Vereins sind und wie er sich allerorts als das erwies, was er sein möchte: als ein allseitig tätiger, hartnäckiger Samariter.

Wenn in Kürze als übliches Festangeblinde auch im hiesigen Bezirk zu einer Sammlung aufgerufen wird, sollen wir ihm dann auch sein Kräftlein, daß er Öl und Wein in die Banden gießen und die schuldigen Groschen geben kann (Lukas 15,35)!

### Die paritätische Stadt.

Im Juniheft der oberdeutschen Monatschrift „Der Schwäbische Bund“ gibt M. Berger eine hübsche Schilderung

von Leben und Treiben in allen reichstädtlichen Völkern zur Wielandzeit. „Der besondere Reiz des damaligen Stadtrechts lag in einer nur Völkern eigenartigen Parität der Befehle, obwohl die Protestanten nochmal so stark wie die Katholiken waren. Seit dem Westfälischen Frieden wurden nämlich in Völkern alle Ämter scheidlich und scheidlich geteilt. Es gab einen katholischen und einen evangelischen Bürgermeister, Apotheker, Arzt usw., bis zum Notarius herab. Von den Geheimen Räten und Senatoren stellte jede Konfession die Hälfte. Und da es auch z. B. einer katholischen Wächte hätte sein können, von einem katholischen Wächtermacher geteilt zu werden, so gab es auch evangelische und katholische Wächtermacher, Glockengießer, Hochzeitslieder, Stadtschreiber, ja sogar Schatzmeister, die ihren Glaubensgenossen ganz konfessionell die Hälfte abgaben oder die Knochen brachen. Nur der Totengräber war immer evangelisch, der Stadtschreiber aber katholisch. Kenner, die nur einen Mann ernannten, wie Stadtschreiber, Stadtschulmeister u. a. konnten natürlich auch nur einfach befehligt werden. Der Parität wurde aber auch hier ihr Recht; denn auf einen evangelischen Stadtschreiber folgte ein katholischer und umgekehrt, so daß keine Konfession zu kurz kam. Es gab sogar zwei „Geschichtsbücher“, eine katholische und eine evangelische, damit die konfessionellen Ansprüche der Patrioten nicht durch Anwesenheit von Regern beeinträchtigt wurden.“

### Abend.

In roten Blüten glüht tief das Land,  
doch um die Höl'n verweilt schon fast der Brand.

Die Straßen führen nicht in die Stadt,  
die dunklen Tinten werden möglich matt.

Nun haben sich die ersten Völkern auf,  
verhalten glänzt ein Dach noch und ein Kraut.

Uralte Fragen raunt und wiegt der Wind,  
du stehst erschreckt und bebend wie ein Kind,

das großen Aug's die Sternenscheibe nicht.  
O! „Der du von dem Himmel bist!“

Staubig 1921.



# Strafbefehl.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen  
 1. den Schuhmacher u. Landwirt Johannes Reutcher  
 von Heselbronn Gemeinde Ueberberg,  
 2. die Bauersehefrau Eugenie Schleich in Garmweiler,  
 wegen Milchschöpfung — Vergehen gegen § 10 Nr. 1 und 2  
 des Gesetzes betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln und  
 Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879 — gegen den Be-  
 schuldigten Ziff. 1 eine Geldstrafe von 150 M., gegen die Be-  
 schuldigte Ziff. 2 eine solche von 200 M. und im Falle diese  
 nicht beigetrieben werden können, eine Gefängnisstrafe von  
 1 Tag für je 15 M. festgesetzt, auch denselben die Kosten des  
 Verfahrens auferlegt.  
 Die Berufung ist je einmal im „Gesellschafter“ und  
 „Aus den Tannen“ auf Kosten der Beschuldigten zu ver-  
 öffentlichen.  
 Nagold, den 13. April 1921.

Amtsgericht Nagold  
 gez. Wehner.

Die Richtigkeit der Abschrift des Strafbefehls wird be-  
 glaubigt und die Vollstreckbarkeit bescheinigt.

Schreiberei des Amtsgerichts  
 Obersekretär Jörn.

## Bergebung von Bauarbeiten

Zur Erstellung eines 44 m langen und 10 m breiten  
 Bagerichappens auf Maching Nagold haben wir die

### Zimmerarbeiten

zu vergeben. —  
 Kostenvoranschlag, Bedingungen und Plan können auf  
 unserem Büro in Calw eingesehen werden. —

Bereinigte Dedensfabriken Calw A.G.  
 in Calw.

Oberschwandorf.  
 Verkauft Freitag mittag 1 Uhr

## 2 Rinder

zum gewöhnen, 1 fehlerfreie, trächtige

**Rug- u. Schaffkuh**  
 und 1 stark halbjähriges

### Zuchtrind.

Friedrich Walz, hinter der Schwane.

Einen schönen  
**Zuchtfarren,**

14 Monat alt, Rotfleck, verkauft  
 unter Garantie

Schilling z. Krone, Haiterbach.

Nagold. 2600  
 Empfehlung  
**Salat,**  
 Kopfsalat u. Spinat  
 K. Droghammer, Gärtner.

Eine Partie esene  
**Sensenwürbe**  
 (Ia. Wagnerware)  
 hat im Auftrag billig zu ver-  
 kaufen

2584  
 G. Eberhardt, Wildberg.

600 Liter guten  
**Apfel-**  
 most  
 zu  
 kaufen  
 gesucht,  
 eventuell samt Fass. An-  
 gebote mit Preisangabe zu  
 richten an

2625  
 Verwalter Hoffmann  
 Hinderheim (früher Pflanzhof).

Eine ältere  
**Sämaschine**  
 hat zu verkaufen d. Obige.

2628  
 Hermann Knodel.



## Verkauf am Freitag und Samstag la. fettes Hammelfleisch.

Mezger Gänze, Nagold.

Neu! Neu!

## Amtlicher Taschensfahrplan

für Württemberg, Hohenzollern u. wichtigste Anschlus-  
 strecken in Baden, Bayern und Vorarlberg.  
 Mit Verkehrsplan der Kraftwagenlinien u. Straßenbahnen.  
 Sommerdienst 1921.

Zu M. 4.— vorrätig bei  
 G. W. Kaiser, Buchhandlung, Nagold.

## Bertreter gesucht

für hiesigen Oberamtsbezirk.

Arbeitsfreudigem, fleißigem Herrn ist Gelegenheits ge-  
 boten auf reeller Basis eine dauernde und solide Existenz  
 mit ministerieller und behördl. Unterstützung zu gründen.  
 Bedingung: Fleiß, Intelligenz und ca. M. 1500.—  
 Bargeld zur Haltung eines kleinen Bagers.  
 Erlaubnisse erbeten unter S. P. 51 an Rudolf Mosse,  
 Stuttgart. 2620

## 2 bis 4 tüchtige Gipfer

können sofort eintreten. Dauernde Beschäftigung. 2635

Eugen Widmann, Gipfergeschäft, Calw.

## Eine Million echte „Giseh“ Memphis-Zigaretten

zum 30 Pfennig-Verkauf hier ich Wirten und Wieder-  
 verkäufern zum Originalfabrikpreis an. Die Nachfrage nach  
 diesem hervorragenden Qualitätsfabrikat ist enorm groß.  
 Bestellungen werden daher umgehend erbeten. 2621

Adolf Lindauer, Tabakwaren-Großhandlung, Stuttgart.  
 Telefon 3964. — Dannewitzstr. 25.

**Drogen, Chemikalien, Verbandstoffe.**  
**Gummiwaren,**  
 Artikel zur Krankenpflege  
**SEIFEN, PARFÜMS.**  
 Löwen-Drogerie  
 26 Nagold.

## Mädchen

als Zimmermädchen in gutes  
 Haus bei hohem Lohn.  
 Näheres zu erfragen bei  
 Frau Klenke, Lurmerstr.

## Gesundheit ist Reichtum.

Wir wissen seit langem, daß man durch Abkochen unserer  
 Nahrungsmittel die Lebensstoffe vollständig löst. Diese  
 Lebensstoffe aber sind so notwendig zum Bau des Körpers  
 wie das tägliche Brot überhaupt. Nährt man z. B. Säug-  
 linge nur mit gekochter Milch, so gehen sie an rachitischen Knochen-  
 erkrankungen zugrunde. Dasselbe gilt auch für unsere Kinder.  
 Leider hat die Wissenschaft den Irrtum verurteilt, daß für  
 kranke Menschen nur abgekochte, sterilisierte Nahrung taug-  
 lich sei. — Also das Abkochen der Milch für Säuglinge ist  
 ebenso eine Rohheit wie naturwidrig, dem Kinde die lebende  
 Nahrung zu entziehen. Die Angst vor den Bakterien ist un-  
 begründet, da doch jede Mutter an ihrem eigenen Säugling  
 sieht, wie kräftig die genossene Milch gerinnt und kann  
 sich daraus ein Bild von der Stärke der Magensäure und  
 Fermente machen. Diese Magensäure genügt aber auch, um  
 alle Keime und Infektionserreger sofort abzutöten.  
 Man sollte meinen, durch das viele Impfen im Kriege  
 sollte sich kein Bazillus halten können. Aber o weh! —  
 Je mehr geimpft, je mehr Schwindsucht.

Deshalb möchte ich dem lieben Leser aus oadem Herzen  
 zurufen: „Güte dich Schu's Bismutemilch, vor dem Impfen und  
 laß die Bazillenjäger jagen wohin sie wollen, dann bekommst  
 Du weniger Schwindsucht, als wenn Du ungekochte Milch  
 trinkst, die Deinen lebendigen Körper lebendig erhält.“ Darin  
 braucht man keinen fanatischen Glauben, sondern die Tatsache  
 maßgebend sein lassen.

Wenn wir die Volksgesundheit wieder heben wollen,  
 brauchen wir Mutterliebe und Mutterverstand, denn auf die  
 Säuglingsernährung kommt alles an. Die Bismutemilch- und  
 Jreosanpastillen zeigen davon und die Trübnase be-  
 stätigt es. Hoffentlich wird man endlich durch Schaden klug,  
 nicht daß es heißt wie bei den Schweinen: „Die Sau wirt  
 sich nach der Schwemme wieder in den Kot.“

2634  
 Heilologe A. Bauer.

## Widberg. Spangen- und Stederreparaturen

sowie Polieren besorgt rasch und gut 2619  
 Friedrich Vischer, Damenfriseurgeschäft, z. Traube.

## Volkshochschule.

Vorbereitungsvortrag von Uni-  
 versitätsprofessor Dr. H. W.  
 Schmidt: 2638

## „Der Mensch der Eiszeit“

Samstag abend 8 1/2 Uhr im Fest-  
 saal des Seminars.

## Radf.-Berein Nagold.

Freitag abend  
 7 1/2 Uhr im  
 Gasthaus z. „Pflug“  
 Monats- 2640  
 Versammlung  
 Der Vorstand.

## Brenn- Holz

Spreißenholz,  
 geben, solange Vorrat, zu dem  
 billigen Preis  
 von Mk. 5.— den Zentr.  
 ab. 2641

## Gebr. Theurer Nagold.

Vertreter Verkauf  
 Elektromotoren  
 u. Lichtanlagen gesucht.  
 Offerten mit S. F. 1612  
 an die Inoelienbank  
 Ann. Exped. Stuttgart.

## ALLES was Sie zur VIEHPFLEGE u. Landwirtschaft gebrauchen, kaufen Sie gut u. billig bei:

Löwendrogerie  
 Nagold. 2642

## Sungfrauen- Liederbücher

vorrätig bei  
 G. W. Kaiser, Buchhdlg.  
 Nagold.

## Dachshunde

von guter Abstammung mit  
 verkauft. 2627  
 Jagdpächter Groß  
 Weingen.